

Überbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Überbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) nach 11 Uhr durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die beidseitige Besetzung oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere Träger, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 265.

Donnerstag, den 11. November 1920.

27. Jahrg.

Mietsteuer und Wohnungsnot

Von A. Ellinger.

Der Parteitag in Kassel hat den Parteivorstand beauftragt, eine Kommission aus Vertretern der Reichstagsfraktion, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und anderen Sachverständigen zu berufen, die die Wohnungsfrage beraten und Gesetzesvorschläge zur Vergesellschaftung des Wohnungswesens ausarbeiten soll. Die vom Parteitag eingesetzte Programmkommission hat ebenfalls eine Unterkommission eingesetzt, die die Wohnungsfrage prüfen und programmatische Forderungen zu dieser Frage formulieren soll. Ich will den Arbeiten dieser beiden Kommissionen nicht vorgehen und mich hier weder mit dem neuen Parteiprogramm, noch mit der Vergesellschaftung des Wohnungswesens beschäftigen. Dagegen möchte ich hier eine Frage erörtern, deren Entscheidung keinen Aufschub duldet, weil von ihrer Lösung nicht nur das Wohl und Wehe hunderttausender Bauarbeiter, sondern auch das Wohl und Wehe der deutschen Mieter abhängt, nämlich die Frage: Wie verhindern wir den völligen Zusammenbruch der Bauwirtschaft? Wie verhindern wir die weitere Zunahme der Wohnungsnot? Wie verhindern wir eine maßlose Steigerung der Wohnungsmieten?

Es ist bekannt, wie groß die Wohnungsnot in Deutschland gegenwärtig ist. Es ist ferner bekannt, daß Wohnungen nur mit öffentlichen Zuschüssen zu bauen sind, und es ist endlich bekannt, daß weder das Reich, noch die Länder, noch die Gemeinden die Mittel besitzen, die zur Gewährung weiterer Baukostenzuschüsse erforderlich sind. Wenn diese Mittel in allernächster Zeit nicht aufgebracht werden, so wird binnen kurzem die ganze Wohnungsbautätigkeit zum Stillstand kommen. Die Folge wäre auf der einen Seite eine maßlose Vergrößerung der Arbeitslosigkeit, und zwar nicht nur im Baugewerbe, sondern auch in allen vom Baugewerbe abhängigen Baustoff-, Transport- und Bauehgewerben, den Wohnungsausstattungsindustrien usw. Denn wenn keine Wohnungen gebaut werden, werden keine Baustoffe, keine Möbel, keine Bilder gebraucht, haben die Ziegeleien, Zementwerke, Kalkwerke, die Baustofftransportbetriebe usw. nichts zu tun. Auf der anderen Seite würde die heute fast schon unerträgliche Wohnungsnot und das Wohnungselend noch vergrößert, und schließlich würde auch eine über alles Maß hinausgehende Erhöhung der Mieten die Folge sein; denn es ist völlig ausgeschlossen, daß bei einer weiteren Zunahme der Wohnungsnot, die bis jetzt noch möglich gewesene gewalttätige Niedrighaltung der Mieten auch ferner möglich sein wird.

Wie lagen die Verhältnisse vor dem Kriege und wie liegen sie jetzt?

Vor dem Kriege konnte das Privatkapital Wohnungen bauen, weil mit dem Wohnungsbau Geld zu verdienen war. Das in den Wohnungsbau hineingesteckte Anlagekapital wurde verzinst, weil die Mieten der Höhe der Baukosten entsprachen. Stiegen die Baukosten, so wurden auch die Mieten erhöht. War es einmal schwierig, die Mieten so hoch anzusetzen, daß sie den gestiegenen Baukosten entsprachen, so stellte man den Wohnungsbau vorübergehend ein, verhielt sich damit das Angebot von Wohnungen und steigerte die Nachfrage. Damit stiegen die Mieten von selbst wieder auf die Höhe, daß das Bauen wieder rentabel wurde. Mit der Steigerung der Baukosten für neue Wohnungen stiegen auch die Mieten der alten Wohnungen ständig im Wert. So wurde durch das „freie Spiel der Kräfte“ stets die Möglichkeit, neue Wohnungen zu bauen, geschaffen. Sie wurde geschaffen auf Kosten der Mieter, deren Mieten im allgemeinen so hoch waren, wie dies den ständig steigenden Baukosten entsprach.

Von Hausbesitzern und anderen Interessenten wird heute die Wiederherstellung des freien Spiels der Kräfte verlangt. Man weist darauf hin, daß nur dadurch der Wohnungsbau auf privatkapitalistischer Grundlage wieder möglich sei. Stelle man das freie Spiel der Kräfte wieder her, so werde die Wohnungsnot in kurzer Zeit beseitigt sein.

Das ist zweifellos richtig, aber was würde die Folge der Wiederherstellung des freien Spiels der Kräfte sein? Die erste Folge wäre, daß die Mieten ganz allgemein bis auf die Höhe stiegen, die dem Privatkapital wieder einen Anreiz zum Bauen böte. Das wäre die Höhe, auf der sich das in Neubauten hineingesteckte Anlagekapital wieder angemessen verzinst. Da die Neubauten heute 12- bis 15mal so hoch sind, wie vor dem Kriege, so müßten, um eine angemessene Verzinsung zu erreichen, die Mieten für neue Wohnungen im gleichen Verhältnis erhöht werden. Wie hoch die Mieten sein müßten, wenn die heutigen Neubauten verzinst werden sollten, zeigt das Beispiel des Hamburger Staates, der seit dem vorigen Jahre auf eigene Rechnung Wohnungen baut. Die Kosten für eine Wohnung mit fünf verhältnismäßig sehr kleinen und einfachen Räumen einschließlich Küche im Doppelhaus stellen sich in diesem Jahre auf 114 000 Mark. Sollte diese Summe durch die Mieten angemessen verzinst und amortisiert werden, so ergebe das eine Jahresmiete von 8559 Mark, während die Miete für eine solche Wohnung vor dem Kriege höchstens 600 bis 650

Mark betragen hätte. Es ist natürlich ausgeschlossen, daß zwei so verschiedene Mietpreise für alte und neue Wohnungen nebeneinander bestehen könnten. Nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage gleichen sich bei Wiederherstellung des freien Spiels der Kräfte die Mieten in ganz kurzer Zeit von selber aus, das heißt die Kosten für neue Wohnungen würden auch für die Höhe der Mieten in alten Wohnungen maßgebend sein.

Die weitere Folge dieser Entwicklung wäre eine maßlose Steigerung des Wertes aller bereits bebauten Grundstücke. Die Grundstücke würden mit Hypotheken belastet. Ihre Besitzer ständen in Form von Grundrenten wahnsinnige Gewinne ein. Nachdem die höheren Mieten einmal kapitalisiert wären, könnten später die Mieten auch dann nicht wieder herabgesetzt werden, wenn das Bauen wieder billiger wird. Die heutigen hohen Baukosten wirkten sozusagen als ewige Belastung der Mieter.

Wie ist diese Entwicklung zu umgehen? Wie ist die Wohnungsnot zu beseitigen und wie sind die Mieter vor der Wiederkehr des freien Spiels der Kräfte auf dem Bau- und Wohnungsmarkt zu schützen? Einen Weg dazu hat schon die Regierung des kaiserlichen Deutschland gezeigt, indem sie für die Abmilderung der heutigen hohen Baukosten die Gewährung von Baukostenzuschüssen vorschlug. Dieser Vorschlag ist bis jetzt in keinem Umfang auch durchgeführt worden, weil man ursprünglich hoffte, daß die Baukostensteigerung nur eine verhältnismäßig rasch vorübergehende Erscheinung sein würde. Die gewährten Baukostenzuschüsse bedeuten nichts anderes, als daß die Gesamtheit des Volkes aus öffentlichen Mitteln für jene Volksgenossen, die die heutigen teuer erbauten Wohnungen bewohnen müssen, den größten Teil der Miete zahlt. Nun hat weder das Reich, noch haben die Länder und die Gemeinden die Mittel, um diese Zuschüsse zum Bau neuer Wohnungen weiter zahlen zu können.

Wenn die Wohnungsnot behoben werden soll, reichen dazu 100 Milliarden nicht aus. Diese Summen durch Anleihen aufzubringen ist angesichts der völligen Zerrüttung unserer Finanzen unmöglich. Die Regierung plant deshalb die Einführung einer Wohnungsabgabe, die der Öffentlichkeit unter dem Namen einer Mietsteuer bekannt geworden ist. Sie will mit dieser Abgabe den Wohnungsbau fördern und die hohen Baukosten für neue Wohnungen auf die gesamten Benutzer der alten und neuen Wohnungen umlegen.

Dieser Grundgedanke ist nur zu begrüßen, denn sein Ziel ist die Herstellung der Solidarität derer, die heute eine Wohnung haben, mit denen, die wohnungslos sind. Es ist nicht gerecht, daß diejenigen, die heute im Besitz von Wohnungen sind, durch die Mieterschutzgesetzgebung von der weiteren Steigerung der Mieten geschützt werden, wenn dadurch ein anderer Teil des Volkes keine Wohnungen bekommen kann. Die Erhebung einer Wohnungsabgabe liegt aber auch durchaus im Interesse der Mieter selbst; denn wenn die Wohnungsbau und zur Beseitigung der Wohnungsnot nicht aufgebracht werden, wird sich die Wiederherstellung des freien Spiels der Kräfte auf die Dauer nicht verhindern lassen. Die Wohnungsnot muß und wird bei ihrer weiteren Zunahme unter allen Umständen beseitigt werden, wenn nicht mit der Solidarität der heutigen Wohnungsinhaber, dann ohne sie. Im letzteren Falle würden aber die Mieter zweifellos viel mehr geschädigt, als sie es durch die denkbar höchste Mietsteuer werden, nur daß dann ihr Opfer dem privaten Hausbesitz zugute kommt. Deshalb sollten die Mieter nicht nur aus Solidarität mit den Wohnungslosen, sondern auch in ihrem eigenen Interesse der Erhebung einer Wohnungsabgabe zustimmen, aber verlangen, daß die Abgabe nach sozialen Gesichtspunkten gestaltet, und daß ihr Ertrag nicht zum Bau von Privatwohnungen verwendet wird, sondern daß die mit diesen Mitteln hergestellten Wohnungen soziales Eigentum werden müssen.

Wenn neben der Wohnungsabgabe noch eine Wohnungszugsteuer erhoben wird, kann dies nur begrüßt werden, aber mit einer solchen Steuer allein oder mit ähnlichen Mitteln wäre die Wohnungsnot nicht einmal fühlbar zu lindern, geschweige zu überwinden.

Eine Reichsverordnung gegen wilde Streiks.

Der wilde Streik der Elektrizitätsarbeiter in Berlin, der nicht nur das ganze Wirtschaftsleben der Reichshauptstadt gefährdet, sondern auch bereits nach außen hin schädliche Folgen für das Reich zu zeitigen geeignet ist, hat dem Reichspräsidenten Veranlassung gegeben, zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit für das Reichsgebiet auf Grund des Artikels 48, Abs. 2, der Reichsverfassung folgende Verordnung zu erlassen:

§ 1. In Betrieben, welche die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen, sind Ausperrungen und Arbeitsniederlegungen (Streiks) erst zulässig, wenn der zuständige Schlichtungsausschuss einen Schiedsspruch gefällt hat und seit der Verkündung des Schiedsspruches mindestens drei Tage vergangen sind.

Wer zu einer nach Absatz 1 unzulässigen Ausperrung oder Arbeitsniederlegung auffordert oder zur Durchführung eines solchen Streiks an Maschinen, Anlagen oder Einrichtungen Handlungen vornimmt, durch welche die ordnungsmäßige Fortführung des Betriebes unmöglich gemacht oder erschwert wird, wird mit Gefängnis oder Geldstrafe bis 1500 Mark bestraft. Ebenso wird bestraft, wer eine nach Absatz 1 unzulässige Ausperrung vornimmt.

§ 2. Werden durch Ausperrung oder Arbeitsniederlegung Betriebe der genannten Art ganz oder teilweise niedergelegt, so ist der Reichspräsident der Innern berechtigt, Notstandsarbeiten und Notstandsversorgung zu sichern sowie alle Verwaltungsmassnahmen zu treffen, die zur Versorgung der Bevölkerung oder zur Weiterführung des Betriebes geeignet sind. Hierzu gehört auch die Herbeiführung der Befriedigung berechtigter Ansprüche der Arbeitnehmer. Die durch derartige Anordnungen entstehenden Kosten fallen dem Betriebsunternehmer zur Last.

§ 3. Arbeiter, Angestellte und Beamte, welche in Beachtung der Bestimmung des § 1 die Arbeit in den genannten Betrieben weiterführen oder aber gemäß § 2 angeordnete Notstandsarbeiten oder Arbeiten zur Sicherung der Notstandsversorgung leisten, dürfen dieserhalb in keiner Weise wirtschaftlich benachteiligt werden.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem 10. November in Kraft.

Berlin, 10. November 1920.

Der Reichspräsident:
gez.: Ebert.

Der Reichskanzler:
gez.: Fehrenbach.

Wenn auch eine Ordnung der Materie durch Reichsgesetz zuziehen gewesen wäre, so war nach Lage der Verhältnisse die Reichsverordnung zu einer gebieterischen Notwendigkeit geworden, wenn man nicht den kommunistischen Größenwahn, der da glaubt, die Hand an der Gurgel unseres Wirtschaftslebens zu haben, zum

Schaden der Allgemeinheit weiter wüten lassen wollte. Die Verordnung sucht zunächst im § 1 einen geordneten Gang des Schlichtungsverfahrens sicherzustellen. Sie nimmt von einem Streikverbot Abstand, denn drei Tage nach Verkündung eines Schiedsspruches kann eine Entscheidung über Arbeitsniederlegung oder Entlassung herbeigeführt werden.

Der § 2 gewährt dem Innenminister weitgehende Vollmachten. Er ist berechtigt, die Notstandsarbeiten zu sichern, d. h. also, wenn diese verweigert werden, kann er die Technische Nothilfe in Anspruch nehmen. Darüber hinaus aber ist er auch berechtigt, die Notstandsversorgung zu sichern, also die Technische Nothilfe in erweiterterem Umfang einzusetzen. Er kann aber auch, wenn die Schuld bei den Arbeitgebern liegt, berechnete Ansprüche der Arbeitnehmer befriedigen. Das ist wohl dahin zu verstehen, daß er einfach verfügen kann, daß sich in bestimmten Fällen die Arbeitsgeber verpflichtet zu unterwerfen haben.

Der Paragraph 3 der Notverordnung schützt in weitgehendem Maße diejenigen Arbeiter, Beamten und Angestellten, die Notstands- und Notstandsversorgungsarbeiten verrichten. Sie dürfen wirtschaftlich in keiner Weise benachteiligt werden. Da die Verordnung bereits Mittwoch in Kraft getreten ist, muß sich ihre Wirksamkeit alsbald erweisen.

Die Verordnung des Reichspräsidenten ist auf Grund Art. 48 der Verfassung erlassen. Sie ist danach aufzuheben, falls der Reichstag dies verlangt. Ein entsprechendes Verlangen wird jedenfalls von kommunistischer Seite gestellt werden und im Reichstag zu lebhaften Auseinandersetzungen führen.

Der Berliner Streik vor seinem Ende.

Wie aus Berlin berichtet wird, haben die Funktionäre der Elektrizitätsarbeiter Mittwoch nachmittag beschlossen, den Streik abzubrechen, nachdem die Gewerkschaften jede Beteiligung an demselben abgelehnt haben. Donnerstag soll in den Betrieben nochmals eine Urabstimmung stattfinden, in der den Arbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen wird. Die im Laufe des Mittwoch für die Stvo und technische Nothilfe ausgesprochene Marmbereitschaft ist vorläufig aufgehoben worden. Der Berliner Magistrat wird am Donnerstag einen Aufruf erlassen, in dem die Arbeiterschaft aufgefordert wird, bis 2 Uhr nachmittags die Arbeit wieder aufzunehmen, andernfalls Entlassung der Weiterkündenden, erfolgt. Wer Sabotage verübt hat, soll ohne weiteres zur Entlassung kommen. — In späteren Abendstunden wurde folgende amtliche Bekanntmachung verbreitet: „Nachdem sich der Magistrat nunmehr entschlossen hat, die erforderlichen Massnahmen zu ergreifen, hat der Reichspräsident des Innern für heute die Durchführung der auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten bereits beschlossenen Massnahmen ausgelegt.“

Die Straßenbahner.

Ul. Berlin, 11. November. Gestern Abend fand im Direktionsgebäude der Groß-Berliner Straßenbahn eine Besprechung zwischen dem neugewählten sozialistischen Verkehrsabtrakt Dr. Adler und den Betriebsräten der Straßenbahner statt. Die Betriebsräte stellten sich dabei auf den Standpunkt, daß unter allen Umständen erst das Ergebnis der für heute früh vorgesehenen abermaligen Abstimmung der Elektrizitätsarbeiter abgewartet werden müsse, ehe die Straßenbahner selbst neue Beschlüsse fassen. Es gelang dem neuen Stadtrat schließlich, die Straßenbahner zu bestimmen, noch heute, nach erfolgter Abstimmung der Elektrizitätsarbeiter, zusammen zu kommen, so daß im Laufe des heutigen Tages die Entscheidung über die Wiederaufnahme des Verkehrs erfolgen dürfte.

Schwere Ausschreitungen von Arbeitslosen und Streikenden.

Die scharfen Maßnahmen der Regierung werden durch die am Mittwoch vorgekommene Mord der Fanatiker begreiflich gemacht. Während in ein Berliner Gaswerk fremde Arbeiter einbrangen und eine nochmalige Abstimmung über den Schiedspruch des Einigungsamtes verlangten, kam es auf dem Grundstück der Maschinenfabrik Löwe durch Arbeitslose und streikende Arbeiter zu schweren Ausschreitungen. Der im ersten Falle verlangten Abstimmung wurde nachgegeben, und als diese abermals eine Meuterei gegen den Streik brachte, wurde der bestehende Betriebsrat gewaltsam abgesetzt und sofort die Wahl eines „politischen Arbeiterrates“ vorgenommen. Bei der Firma Löwe wurde ein noch größerer Gewaltakt verübt. Da die Arbeiter es ablehnten, in den Streik zu treten, wurde von den Arbeitslosen die Feuerung aus den Kesseln der Privatkraftzentrale herausgerissen und damit der gesamte Betrieb zum Stilliegen gebracht. Schließlich erschien die Sicherheitspolizei, der es gelang, die Ruhestörer zu entfernen, so daß das Werk alsbald wieder in Betrieb gesetzt werden konnte. Die Arbeiter der Gasanstalt 4 in der Danzigerstraße fehlten den politischen Arbeiterrat ab und nahmen die Arbeit wieder auf. Vor dem Gebäude des Metallarbeiterverbandes in der Linienstraße sammelten sich ebenfalls um die Mittagsstunde etwa 1000 Personen und versuchten, in die Räume des Verbandes einzudringen. Es gelang nach rechtzeitig, die Tore zu schließen, so daß die Demonstranten weiterziehen mußten. Der Sicherheitspolizei gelang es, einen Heher festzunehmen.

Kein Haftbefehl gegen Sglt.

Die Nachricht, daß gegen den Kommunisten Sglt ein Haftbefehl erlassen sei, bestärkt sich bisher nicht. Bis zur Stunde liegt nicht nur kein Haftbefehl gegen Sglt vor, sondern es ist auch noch keinerlei Festnahmeerfahrungen an die Staatsanwaltschaft gerichtet worden.

Unsere Ernährungswirtschaft.

Mittwoch wurde im Hauptanschuß des Reichstages die Aussprache über die Politik des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fortgesetzt. Reichsminister Hermes teilte mit, die Ernte, besonders in Roggen, sei zwar sehr schlecht gewesen, aber damit allein ließe sich die mangelhafte Ablieferung an Brotgetreide nicht erklären. Der Schleichhandel in Mehl nehme einen riesigen Umfang an. Der Minister appellierte an die Landwirtschaft, alles zu tun, was in ihren Kräften stehe, um die Dinge nicht so weiter treiben zu lassen. Wenn auch vielleicht die Strafen nicht ausreichende Hilfe schaffen werden, so bleibe der Regierung doch nichts anderes übrig. Die Hafenernte sei nicht unangstlich. Nach Schätzung der Saatenberichterstattung beträgt die Hafenernte für 1920 4,2 Millionen Tonnen, gegen 4,5 Millionen Tonnen im Jahre 1919 und 4,2 Millionen Tonnen im Jahre 1918. Was die Zuckerverwirtschaftung anbelangt, so sei den eigenen Bedürfnissen der Landwirtschaft an Zucker durch die gegenwärtigen Bestimmungen genügend Spielraum gegeben. Rame es zur Freigabe, so würde der Zucker ins Ausland strömen. Die Ernährungsaussichten für den Winter sind nicht trostlos, aber schwierig. Die Deckung des Milchbedarfes könne als im allgemeinen nicht ungenügend bezeichnet werden. Statistisches Material über den Stand der Milchverarbeitung liegt, abgesehen von der Stadt Berlin, nur bis zum Monat September vor. Stellt man allgemeine Vergleiche zwischen diesem Jahre und den drei vergangenen Jahren an, so gelangt man zu dem Ergebnis, daß die Milchverarbeitung dieses Jahres nach dem Tiefstand des Jahres 1919 fast die Höhe des Jahres 1917 wieder erreicht bzw. überschritten habe.

Zur Frage der Kriegsorganisationsministerien erklärte der Minister, daß von 38 Kriegsorganisationsministerien, über die das Ernährungsministerium bei seiner Errichtung im April 1920 die Aufsicht übernommen habe, bereits 13 Organisationen völlig aufgelöst sind, oder bis zum April 1921 in Liquidation treten werden. An das Reichsfinanzministerium seien als reine Abwicklungsstellen ohne bewirtschaftende Tätigkeit 12 Organisationen abgegeben worden und damit aus der Dienstaufsicht des Ernährungsministeriums ausgeschieden. Mit einer über den 1. April 1921 hinausreichenden Dauer sei nur noch bei 5 Kriegsorganisationsministerien zu rechnen, nämlich bei der Reichsgetreidestelle, Reichsartoffelstelle, Reichslebensmittelstelle, Reichsstelle für Speisefette und bei der Reichszuckerstelle. Ueber die Lage der Zuckerverwirtschaftung äußerte der Minister noch, daß die Frage, ob die Verwaltung der Zuckerverwirtschaftung für ein weiteres Jahr aufrecht erhalten werden müßte, nur im Zusammenhang mit der Betrachtung der Rollage beantwortet werden könnte. Schon heute zu erklären, daß vom Herbst 1921 unter allen Umständen und auf jeden Fall die Zuckerverwirtschaftung frei sei, ist die Regierung nicht in der Lage.

Es folgt Johann eine lebhafte Geschäftsordnungsdebatte über einen Antrag Dr. Rosenfeld, Dr. Herz und Frau Wurm (USPD), die Aussprache über das Ernährungsministerium in der Sitzung am Donnerstag zu unterbrechen und statt dessen den Etat des Reichspräsidenten zu beraten und hierbei zu der Bezordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 Stellung zu nehmen. Der Antrag wird, nachdem sich zu der Sache noch Müller-Franke (Soz.), Burlage (Ztr.) und Eichhorn (DVP.) geäußert hatten, durch Abstimmung abgelehnt.

Die Fortsetzung der Aussprache über den Etat des Ernährungsministeriums folgt Donnerstag.

Die künftige Politik Amerikas.

Wie aus Kenosha gemeldet wird, gab Harding zur Feststellung der künftigen Politik Amerikas den Auftrag, Informationen über folgende zwei Punkte einzuziehen: 1. Inwiefern die europäischen Staaten geneigt sind, sich an dem neuen zu errichtenden Völkerbund zu beteiligen; 2. Inwiefern Senatoren bei einer einfachen Wiederholung des gegenwärtigen Völkerbundtraktats geneigt sein würden, für den Beitritt Amerikas zu stimmen.

Lloyd George erkennt Deutschlands Friedenswillen an.

Nach einer Meldung des Pariser „Matin“ aus London erklärte Lloyd George Dienstag Abend auf dem Lord Mayor-Bankett in der Guildhall: Der Präsident der Reichstags-

seit Deutschlands, daß es den Friedensvertrag auszuführen gedenke, sei die Entwaffnung. Er habe vor einigen Stunden einen Bericht des Kriegsministers bekommen, der befriedigend laute. Die deutsche Kriegsmarine sei tatsächlich entwaffnet; niemand in Deutschland sei deshalb beunruhigt. Das deutsche Heer werde rasch auf die vorgeschriebene Zahl von 100 000 Mann herabgesetzt und die schwere Artillerie sei fast vollständig abgeliefert. Es befänden sich nur noch eine kleine Gewehre in den Händen der Bevölkerung; dies sei aber eine viel größere Gefahr für Deutschland selbst als für seine Nachbarn. Deutschland könne nicht mehr aggressiv sein. Die gegenwärtige Regierung in Deutschland sei aufrecht in dem Bestreben, die Friedensbedingungen auf das Beste auszuführen.

Die zweite Frage von großer Bedeutung sei die Frage der Wiedergutmachung. Deutschland sei bereit gewesen, in Spa gewisse Vorschläge zu unterbreiten, wie es seinen Verpflichtungen nachzukommen gedente. Er sei darüber sehr befreit gewesen, nicht wegen der Vorschläge an sich, sondern weil sie ihm den Beweis geliefert hätten, daß die deutschen Staatsmänner und Finanzleute das Problem der Wiedergutmachung mit der Absicht studierten, Mittel und Wege zu finden, wie Deutschland seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Diese Vorschläge würden nunmehr auf den Konferenzen geprüft. Wenn man in allen alliierten Ländern dem Räte derer folgen würde, deren einziges Ziel es sei, die verwüsteten Gebiete wiederherzustellen und nicht dem Räte derer, die verloren gegangene Reputations wiederherstellen wollen, dann zweifle er nicht daran, daß man den Frieden auf dem Wege finden würde, der zu einer guten Verständigung führt.

Lloyd George sprach sich dann für den Frieden mit Rußland aus, der ebenso notwendig sei.

Unterzeichnung des Danziger Vertrages.

Die Vertreter der freien Stadt Danzig haben Dienstag nachmittag 6 1/2 Uhr in Paris den Vertrag mit Polen sowie die Konstitutionsakte und ein Zulassprotokoll unterzeichnet. Die Konstitutionsakte enthält vier Artikel und bestimmt, daß die Freie Stadt Danzig vom 15. November ab konstituiert ist. Das Zulassprotokoll setzt fest, daß die Freie Stadt Danzig berechtigt ist, sich in allen den Artikel 108 des Versailler Vertrages betreffenden Fragen unmittelbar mit der Vorkonferenz in Verbindung zu setzen. Damit ist ein Wunsch der Danziger erfüllt worden. Artikel 108 betrifft den Umfang der finanziellen Lasten, die die Freie Stadt vom Deutschen Reich und vom Staat Preußen zu übernehmen hat.

Der italienisch-jugoslawische Vergleich unterzeichnet.

Ul. Paris, 10. November. Der italienisch-jugoslawische Vergleich ist gestern unterzeichnet worden. Fiume behält seine Unabhängigkeit.

Armenien bittet um Frieden.

Konstantinopel, 10. November. Die Reste des armenischen Heeres ziehen sich nach Nowo-Basajet zurück. Die armenische Regierung bat um Frieden, aber der Führer der Truppen Kemal Paschas verlangt die vorherige Auslieferung aller Waffen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates und des Reichslohnrates setzte Mittwoch Abend die Verhandlungen über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues fort und nahm den Bericht der Essener Sachverständigenkommission entgegen. Während sich sechs Mitglieder dieser Kommission, darunter Stinnes und der ärztliche Gewerkschaftssekretär Imbusch, auf einen Vorschlag geeinigt haben, hat der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände Werner, einen Vorschlag eingebraucht. Der Vorschlag der Mehrheit lehnt sich im wesentlichen an die Stinnes'schen Vorschläge an und will die Sozialisierung des Kohlenbergbaues in einer Art Plannirtschaft verwirklichen. Es ist vorgesehen eine Beteiligung der Arbeiter am Kapital durch Ausgabe von kleinen Aktien und ein Zusammenschluß der Großproduzenten zu Interessengemeinschaften. Diese Interessengemeinschaften würden die Kohlenproduktion zu fördern und die Verteilung der Kohle zu regeln haben. Der Vorschlag Werner will im Gegensatz hierzu den Kohlenbergbau von den übrigen Wirtschaftszweigen trennen und berufsständisch hierbei die Vorschläge der Sozialisierungskommission. Die Verhandlungen wurden abgebrochen, da die Arbeitnehmervertreter erklärten, sich erst untereinander besprechen zu müssen, ehe sie Stellung nehmen könnten.

Die Reichsnotopfer-Novelle im Reichsrat.

Der Gegenwort zur beilehnten Erhebung des Reichsnotopfers und der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs, der dem Reichsrat zugegangen ist, wird diesen bereits in seiner Donnerstag-Sitzung beschäftigt. Der Reichstag wird das Gesetz bei seinem Wiederzusammentritt in der nächsten Woche vorfinden.

Milderung des Ruchensackverbots?

In einer Verammlung des Handelsbundes in Berlin teilte Dienstag der Obermeister der Konditoren mit, daß ab 15. November die Verordnung über das Ruchensackverbot fallen werde, und daß dafür eine neue, mildere in Kraft treten soll.

Die neue Regierung von Thüringen.

Wie aus Weimar gemeldet wird, ist Mittwoch Abend nach fünfjähriger zum Teil erregter Debatte die Regierungsbildung für Thüringen endlich vollzogen worden. Gewählt wurde die sozialdemokratische Liste mit Hilfe von vier Demokraten und elf Unabhängigen. Die Kommunisten verhielten sich neutral. Die versammelten Rechtsparteien stimmten dagegen. Die neue Regierung für Thüringen setzt sich zusammen aus den Herren Dr. Paulsen (Demokrat), Dr. Benz von Brandenstein (parteilos), Fröhlich (Soz.) Als Staatsräte wurden gewählt: Hartmann-Randolstadt (Soz.), Dr. Bielefeld-Sondershausen, Prof. Krüger-Gotha (Demokrat). Die Einsetzung der Ministerien erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

Neue Beamtenforderungen.

Angesichts der immer bedrohlicher werdenden wirtschaftlichen Lage der Beamten hat der deutsche Beamtenbund sich genötigt gesehen, in einer dringenden Eingabe an die Regierung und an die Parlamente die sofortige Erhöhung der Lebenshaltungskosten für Beamten zu beantragen. Infolgedessen haben während der

letzten Tage Verhandlungen zwischen der Regierung und den Beauftragten des deutschen Beamtenbundes stattgefunden. Der deutsche Beamtenbund verlangt als Ausgleich für die aufs höchste gestiegene Leuerung die sofortige Erhöhung des prozentualen Leistungszuschlages unter Festlegung eines Mindestbetrages. Auch für die Ruhegehaltsempfänger wird eine Erhöhung ihrer Bezüge gefordert.

Zur Ordnung gerufen.

Seit seiner Wahl zum Oberbürgermeister von Kassel führen die bürgerlichen Kreise und ganz besonders die bürgerlichen Zeitungen gegen Scheidemann einen ganz gehässigen Kampf, der sich neuerdings sogar noch verschärft hat. Insbesondere hat die letzte Reichstagsrede Scheidemann gegen die Reichswehr und sein Vorstoß gegen die Offiziere der „Kasseler Allgemeinen Zeitung“ vor einigen Tagen Veranlassung zu einem überaus scharfen Artikel gegen Scheidemann gegeben. Daraufhin erklärte das „Volkblatt“ in einem Artikel, daß durch solche Kampfmethoden unreife Gemüter leicht zu einem Attentat verführt werden könnten. Auch könnte es geschehen, daß die Arbeiterchaft vor die betreffende Zeitung ziehe, und daß es dann nicht nur bei einer Demonstration bleibe. Dienstag hat sich nun der Kasseler Magistrat mit der Angelegenheit beschäftigt und einen Beschluß gefaßt, in welchem der erwähnten Zeitung der bringende Rat erteilt wird, sich einer sachlichen Kampfwiese zu bedienen. Veranlassung zu diesem Schritte habe die Befürchtung gegeben, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung in Kassel gestört werden könnte.

Die separatistischen Bestrebungen in Hannover.

Die „Osternborier Zeitung“ erfährt von einem deutschen hannoverschen Reichstagsabgeordneten, daß nach Ablauf einer Sperrfrist von zwei Jahren die deutschen Hannoveraner ein Referendum über die Postrennung Hannovers von Preußen einreichen und die Schaffung eines Freistaates Hannover beantragen werden. Die notwendige Stimmzahl sei bereits gesichert.

Kleine politische Nachrichten.

Der neu ernannte peruanische Geschäftsträger Legation übergab Mittwoch dem Reichsminister des Auswärtigen sein Beglaubigungsschreiben.

Mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Großstädte für Kindermilch ist, wie von zuständiger Seite im Reichsernährungsministerium mitgeteilt wird, vorderhand an eine Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung nicht zu denken. Alle gegenwärtigen Nachrichten werden für unrichtig erklärt.

Der belgische Senat wählte Favereau zum Präsidenten wieder.

Die Alliierten wollen, wie holländische Blätter zu berichten wissen, den weiteren Widerstand der Türken gegen die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Einschränkung der finanziellen Unterstützung des türkischen Schatzamtes und wenn das nicht hilft, durch ein Ultimatum brechen.

Ueber die Lage in Persien wird berichtet: Nachrichten aus Mahabad bestätigen den Rückzug der persischen Kolonnen hinter die britische Linie. Sie machen einen äußerst demoralisierenden Eindruck. Die britischen Truppen sind nur in der Umgegend von Roswin-Reshi mit den Bolschewisten in Fühlung. Eine Krise im Ministerium war die Folge der Niederlage der Kolonnen. Der Schah betraute Sipordar mit der Bildung des neuen Kabinetts.

Das amerikanische Kriegsamt ordnete die sofortige Rekrutierung der an der Grenze von Texas-Mexiko stehenden zweiten Division an. Es soll sich angeblich um eine rein administrative Maßnahme handeln.

Tschecho-Slowakei.

Stetige Zusammenstöße zwischen Deutschen und Tschechen in der Nationalversammlung.

Ul. Prag, 10. November. Die Ereignisse in Teplitz haben in der Nationalversammlung eine große Erregung hervorgerufen. Als der Ministerpräsident Czerny erklärte, daß das Kaiser-Joseph-Denkmal in Teplitz entfernt werden müsse, bemächtigte sich der deutsch-bürgerlichen Abgeordneten die größte Erregung. Von deutsch-bürgerlicher Seite wurde dem Ministerpräsidenten zugerufen: „Sie Vaguel! Sie haben Angst vor den Legionären!“ Nur mit Mühe konnten die Handgreiflichkeiten vermieden werden. Die deutsch-bürgerlichen Abgeordneten erhoben sich dann und stimmten die „Wacht am Rhein“ an. Die tschechische Mehrheit war zunächst so verärgert, daß sie zwei Strophen des Liedes ohne Unterbrechung anhörte. Der ehemalige Finanzminister Kasin rief: „Tawohl, die Wacht am Rhein, die halten die Franzosen.“ Kramarsch rief: „Da haben wir den Skandal, weil wir die Deutschen herein lassen haben.“ Der Präsident versuchte eine Herzeleid anlang vergeblich, sich verständlich zu machen, und bemühte endlich eine Pause in den Vorträgen, um zwei deutsche Abgeordnete für fünf Sitzungen auszuschließen. Die tschechischen deutschen bürgerlichen Abgeordneten erklärten sich mit den Gemäßigten solidarisch und verzickten den Saal. Von deutsch-bürgerlicher Seite wird für die Bildung eines deutschen Gegenparties in einer deutsch-böhmischen Stadt Stimmung gemacht, doch ist es sehr unwahrscheinlich, daß dieser Plan ausgeführt wird, da die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten an den getriggen Szenen nicht beteiligt waren. Im übrigen rechnet man mit dem Ausbruch einer Regierungskrise. Die tschechischen sozialdemokratischen Zeitungen beurteilen die Verfügung der Regierung auf Entfugung des Teplitzer Kaiser-Joseph-Denkmal als einen unklugen und politisch gefährlichen Akt.

Frankreich.

Krise in den französischen Gewerkschaften.

Im Nationalrat des allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) wurde Dienstag eine Tagesordnung, die sich gegen die Extremisten aussprach, mit 79 gegen 25 Stimmen bei 23 Stimmenthaltungen angenommen. Im Verwaltungsrat bestritten die Mehrheit nicht. Souhauz ist nicht gewillt, die „kommunistischen Zellen“ gewähren zu lassen und will den Ausschluß dieser Gewerkschaftsführer beschließen lassen, ehe es zu spät ist.

Belgien.

Kein Bergarbeiterstreik.

Der Ausstand der belgischen Bergarbeiter ist als mißlungen zu bezeichnen, da nur der dritte Teil der Arbeiterchaft an der Abstimmung teilgenommen hat. Den Bergarbeitern ist daher die Annahme der Arbeit vom Verbandsausschuß anempfohlen worden.

Italien.

Erhöhung des Brotpreises und der Bahntarife.

Die Regierung wird der auf Mittwoch einberufenen Kammer eine Serie von Finanzgesetzen vorlegen. Der Brot-

preis wird erhöht, womit die Hauptursache des Defizits verschwindet. Die Bahntarife werden auf das Dreifache der Friedenspreise erhöht.

Dänemark.

Steigende Altersrente.

Durch die dänische Gesetzgebung ist eine steigende Altersrente jetzt eingeführt worden. Vom 60. Jahre an hat der Versicherte Anspruch auf eine Rente, jedoch kann freiwillig auf den Bezug verzichtet geleistet werden. Die Rente steigt dann um ein Erhebliches. So beträgt die Rente bei 60 Jahren z. B. 788 Kronen, ein Jahr später aber schon 843 Kronen und fünf Jahre später 1140 Kronen. Was mit dieser Maßnahme bezweckt wird, ist ersichtlich: Man wünscht dem Kleinen und immerhin nicht übermäßig stark bevölkerten Lande unter sozialen Gesichtspunkten möglichst lange die Arbeitskraft der Einzelnen zu erhalten.

Es wäre von Interesse, eine fortlaufende Uebersicht über Inanspruchnahme dieses neuen Gesetzes zu erhalten und den Nutzen an Arbeitskraft für das Land zu berechnen. Die Kraft eines Arbeiters ist Volksvermögen, das bei richtiger Einschätzung und rechter Verwaltung Lebensbedingung eines jedes Staates ist.

England.

250 000 arbeitslose Kriegsteilnehmer.

Der Prinz von Wales richtete nach Meldungen aus London einen Appell an die Citovertreter, für die Behebung der Arbeitslosigkeit einzutreten. Die gleiche Anregung erfolgte von Lord George und dem Ernährungsminister. Letzterer betonte, das gegenwärtig 250 000 Kriegsteilnehmer und 20 000 Berufsmittel arbeitslos seien. 4000 große Firmen würden aufgefunden, je fünf Berufsmittel in ihren Betrieb aufzunehmen.

Vereinigte Staaten.

Wilson gegen Debs' Freilassung.

Nach einer Meldung aus New York hat Wilson ein Gesuch um Begnadigung des wegen „Einkaufs mit dem Feinde“ (Dieses „Einkaufs mit dem Feinde“ hat darin bestanden, daß Euren Debs in Schrift und Wort dafür eintraten ist, auch Deutschland die Gerechtigkeit widerfahren zu lassen! Red. d. L. W.) zu 10 Jahren Gefängnis verurteilten sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Debs abgelehnt. Wilson ist der Ansicht, daß, wenn in diesem Falle Begnadigung erfolgen würde, dies eine Ermunterung zum Landesverrat im Falle eines künftigen Krieges sein würde.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 11. November.

Die ersten Interessierten.

Der Neue Haus- und Grundeigentümerverein für Lübeck und Umgegend macht für die Bürgerchaftswahlen mobil. Der Verein hat sich in dem Rechtsanwalt Dr. Geister einen Rechtsbeistand zugelegt, der die Geheimnisse des kommenden Vaterstädtischen Bürgerbundes preisgibt. Ziel ist da nicht auseinanderzubuchstabieren, denn es handelt sich nur um die Aufwärmung des aus Angst vor der Revolution erstarrten Vaterstädtischen Vereins. Um die matten Glieder nach dem langen Dauer Schlaf besser in Bewegung zu bringen, klappert man ein bißchen lebhafter. Die Nachfahren der rückfälligen Silbe gebärden sich noch etwas reaktionärer und sie scheinen den rechten Mann gefunden zu haben, der ihnen die Wege weist, auf denen man „Interessen“ vertritt. Dr. Geister sagt nach den Bedenken bürgerlicher Wähler:

„Die Frage der Bürgerchaftswahlen sei für den Grundbesitz eine eminent wichtige. Bei den Bürgerchaftswahlen müsse es sich darum handeln, Männer in die Bürgerchaft zu entsenden, welche die Interessen des Grundbesitzes vertreten. Da der in der Bildung begriffene Bürgerbund ein parteiloses (des reaktionärer Mißgeschick. Red.) Verein sei, werde er auch die Beachtung der Hausbesitzer verdienen. Die Wahlen fänden erst in einem Jahre statt, man habe noch Zeit, sich damit zu beschäftigen. Der Grundeigentümerverein dürfe von dem Standpunkt nicht abgehen, nur solche Männer und Frauen in die Bürgerchaft zu entsenden, von denen man wisse, daß sie die Interessen der Mitglieder des Vereins vertreten.“

Wir waren bisher der Meinung, daß die Bürgerchaftsmitglieder die Interessen der Gesamtheit zu vertreten haben. Diesen ersten Grundlag zu verleugnen, schick sich also der Neue Haus- und Grundeigentümerverein an. Er beruft damit wieder die Wahlen, auf der im alten Deutschland die Reaktion besonders gut ruhte und wozu sie sich die famosen Klassenwahlrechte geschaffen hatte. Mit Schmerzen sahen sich die Besessenen ihrer Vorrechte entblößt und mußten gewahr werden, daß in einem demokratischen Staatswesen kein Raum für ihre eigenmächtigen Zwecke frei ist. Um den alten Zustand vorzubereiten, will man die Wahlen zur nächsten Bürgerchaft bereits in die Hand nehmen. Hierfür sind Geld und Zuzmittel notwendig. Der Feilschbaum ist bereits angerührt. Man spekuliert auf die kleinen Hausbesitzer, die man vor den Karren der eigentlichen Interessierten, der großen und Spekulanten spannt. Dabei stellt man Sozialdemokraten auf eine Ueberzeugungsprobe. Es wurde nämlich in der Versammlung die absolut unbeweisbare Behauptung ausgesprochen,

„daß die sozialdemokratischen Bürgerchaftsmitglieder in jedem Hausbesitzer einen Kapitalisten erblicken und auch für weit besser gestellte Mieter die Kohlen aus dem Feuer holen. Diese Anekdote würden sich die sozialdemokratischen Hausbesitzer nicht länger gefallen lassen. Bei den Bürgerchaftswahlen dürfe man sich von der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei nicht beeinflussen lassen. Eine Einigung des Bürgertums bei den nächsten Bürgerchaftswahlen sei unbedingt erforderlich.“

Diese Auslassungen sind ein Meisterstück der politischen Charakterlosigkeit — ein schätzbare Versuch, die Not der kleinen Hauseigentümer gegen deren politische Ueberzeugung auszuspielen. Es ist Spieß- und Interessenpolitik, die sich hier breit macht und von der sich jeder überzeugte Sozialdemokrat abwendet. Das muß ja ein schöner Sozialdemokrat sein, der sich momentan Not wegen, die uns alle begleitet, für diesen Verein ins eZug legt, für einen Verein, der sich als Steighalter der reaktionären Vaterstädtischen empuppt und für die Einigung des Bürgertums gegen die Sozialdemokratie eintritt. Wenn es sich hier auch nur um die Auslassungen einzelner handelt, so vermessen wir doch die Gegenrede gegen diese Begriffsverwirrung. Ganz entgegengesetzt werden muß die Unterstellung, die sozialdemokratischen Bürgerchaftsmitglieder erblicken in jedem Hausbesitzer einen Kapitalisten. Eine derartige schiefse Auffassung ist weder in der Bürgerchaft anzugehen, noch kann sie aus der Stellungnahme in der Presse hergeleitet werden. Derartige Ausführungen sind ja weiter nichts als Bluff, um die kleinen Leute loszrücken und für die Interessen der Hintermänner gefügig zu machen. Vor allem aber sind sie eine Verlogenheit. Die Sozialdemokratie als Ganzes hat das zu sorgen, daß sich die Not der Gesamtheit nicht ins Grenzenlose ausweitet. Einen Hauptteil der Not bildet die Wohnungsfrage, und diese muß so gelöst werden, daß die Mieter

dabei nicht die allein Leidtragenden sind. Sie würden es aber noch mehr werden, wenn sie den gefährlichen Lockungen des Neuen Haus- und Grundeigentümervereins Gehör schenkten.

Achtung, Bürgerchaftsfraktion. Freitag abend 7 Uhr Sitzung im Rathaus. Es ist Pflicht aller Fraktionsmitglieder, in den Sitzungen zu erscheinen.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände! Der Ortsausschuß hält morgen, Freitag, abends 7 Uhr, eine sehr wichtige Sitzung ab, in der neben Ueberlegungen die brennendste Frage unserer Zeit, die Erwerblosfrage, behandelt werden soll. Das Erscheinen aller Vorstandsmitglieder ist dringend erforderlich.

Achtung, Jungsozialisten! Der für Donnerstag, den 11. November festgesetzte Vortrag fällt umständlicher aus.

Die Versammlung der Bürgerchaft am Montag dem 16. November hat folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Mittellungen des Senates. 2. Anträge des Senates: 1. Verklärung der Mittel für die Bürgerchaft. 2. Aufschuß Lübeck zu den Kosten des Schleppbetriebes auf dem Eibe-Trave-Kanal für 1919. 3. Verbesserung der Deunungsanlage im Dölligen-Geist-Hospital. 4. Abänderung des Behauungsplanes für das Marlier Hoffeld. 5. Vereinfachung von Mitteln für die Empfangnahme und Verteilung der ausländischen Liebesgaben. 6. Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerblose. 7. Erhöhung der Lohnsätze bei der Lübecker Straßenbahn. 8. Verkauf eines Bauplazes an der Wafenigstraße an den Ingenieur Gustav Schetelia. 9. Nachbemittlung für den Betrieb des Stadttheaters. 10. Aufhebung der Vorklassen an den Mittel- und höheren Schulen.

Genosse Planthofer gestorben. Der Tod hat wieder eine Lücke in unsere Reihen gerissen. Nach kürzerer Krankheit verstarb heute früh an seinem 43. Geburtstag der Zeichenlehrer Wilhelm Planthofer, ein noch junges, aber rühriges Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Genosse Planthofer kam nach der Revolution zu uns und betätigte sich sofort mit Ernst und Eifer an unserer großen Sache. Er wurde auch bald in die Bürgerchaft gewählt, wo er sich besonders für schultechnische Fragen lebhaft einsetzte. Der Eiedlungsfrage widmete sich Genosse Planthofer mit Vorliebe und war auch praktisch dabei tätig. Aus seinen ihm liebgewordenen Wirkungskreisen hat ihn nun ein jäher Tod gerissen. Die Partei wird das Andenken ihres Mitkämpfers allezeit in Ehren halten.

Kinder in Not! Der angeländigte Lübecker Landesausschuß der deutschen Kinderhilfe wurde am Dienstag geründet. Ehrenvorsitzender des Ortsausschusses ist Bürgermeister Dr. Nehling. Zum Vorsitzenden wurde der Territorialdelegierte der freiwilligen Krankenkasse für die freie und Hansestadt Lübeck, Senator Kulenlamp, Geschäftsführer Bürgermeister a. D. Dr. Müller, zum Schatzmeister Herr Bankdirektor Kiebler gewählt. Dem Geschäftsvorstand steht ein auf breiter Grundlage errichteter Arbeitsausschuß zur Seite. — Zum besten der Kinder sollen auch 19 000 Mk. vermandt werden, die aus der Sammlung der Wohlfahrtspende zur Verfügung stehen.

Naturschilderungsvortrag. Durch Riß und Rohr und Wald (Streizüge eines Naturfreundes) lautet das Thema über das Gen. Schürmer heute abend im Gewerkschaftshause vortragen wird. Aufnahmen seltener Tiere der Heimat, prächtige Naturstudien werden gezeigt werden und sicher das Interesse der Natur- und Heimatfreunde sowie der Jugend fänden. Beginn 8 Uhr. Eintritt Mk. 1.50, für Jugendliche Mk. 1.—

Stadttheater. Freitag wird „Tiefenland“ und Sonnabend „Die deutschen Kleinfüßler“ wiederholt. Auf die beiden Grotesken am Sonntag mittag „Kulissen der Seele“ und „Die Schredenstammer“ weisen wir noch besonders hin. Die Preise sind auf 4.50, 3.50, 2.30 und 1.30 Mk. festgesetzt. Mittags Garderobengeld. Nachmittags findet die Wiederholung von der Vorstellung der Plattbüschischen Volksgill mit „Ostfriesen“ und „De Düwelsbeern“ statt. Abends wird „Udine“ wiederholt.

Hansestheater. Am Freitag wird zum letzten Male der ausgelassene Schwank „Hurra, ein Kind fiel vom Himmel“ gegeben. Sonnabend und Sonntag Wiederholungen der entzückenden Operette „Der ersten Liebe gold'ne Zeit“. Für Sonntag nachmittag wird als erste Märchenvorstellung „Schneeweißchen und Rosenrot“ vorbereitet.

Gespöhl der Niederdeutschen Bühne. Die beiden mit so außerordentlichem Beifall aufgenommenen Stücke „Ostfriesen“ und „Düwelsbeern“ werden am kommenden Sonntag nachmittag 3 Uhr im Stadttheater wiederholt. Karten hierzu werden an der Theaterkasse, Dauertarten für alle 4 Vorstellungen bei der Plattbüschischen Volksgill, Johannisstraße 15, ausgegeben.

pb. Speck- und Wurstbische. Mittels Einbruchs sind in der Nacht zum 9. d. Mts. aus dem Gutshause in Padelage verschiedene Räucherwaren von namhaftem Werte gestohlen worden. — Einem in Herrnhurg wohnhaften Kaufmann ist Dienstag ein Fahrrad gestohlen, welches er auf kurze Zeit in der Percevalstraße unbeaufsichtigt stehen lassen. Auf dem Fahrrad befand sich ein Gepäckträger, auf dem vier Boden Räder verpackt waren, ferner war an der Lenkstange eine grün-wollene Decke festgeschnallt.

Travemünde. Eine sehr gut besuchte Revolutionsfeier, verbunden mit Gesangsvorträgen, Theater, Turnen und Ball fand in den Räumen des Kolosseums statt. Die Festrede hielt Genosse John-Lübeck. Er erläuterte den Ursprung der Revolution, sowie die politische Lage und betonte, daß nur durch die Geschlossenheit des Proletariats über die Brücke der Demokratie der Sozialismus zu verwirklichen sei. Reicher Beifall lohnte den Redner.

Angrenzende Gebiete.

Selmsdorf. Eine Sau gestohlen. Eine tragende Sau wurde in den letzten Nächten dem Domänenpächter Hamel in Selmsdorf aus dem Stalle gestohlen und abgeschlachtet.

Hamburg. Die Bürgerchaft stimmt einem Antrage des Senats auf Verstaatlichung des Arbeitsnachweises zu. — Gegen die freie Lehre. Der Kirchenrat hat die vorläufige Amisenhebung des Pastors Heydorn beschlossen, der sich, wie gemeldet, gegen das Lehren auf Grund der dogmatischen Regeln wandte.

Hensburg. Deutsche Milch nach Dänemark. Unser Hensburger Parteiblatt meldet: Die Gutverwaltung Högelhus bei Medelby hat die Ausfuhrerlaubnis für Milch nach Dänemark erhalten und sendet regelmäßig auch Milch über die Grenze. Die Erlaubnis ist erteilt von Gruppe 4 der Ausfuhrhandelsstelle, Berlin 85, Bülowstraße 12. — Wenn Deutschland, wo noch immer Tausende von Säuglingen und Kranken infolge Milchmangels sterben, Milch nach Dänemark, einem der reichsten Länder Europas, exportiert, so wäre das allerdings ein kaum zu überbietender Höhepunkt in der Planlosigkeit unserer jetzigen Ernährungswirtschaft. Da aber alle Patrioten mehr auf die Gesundheit ihres Geldbeutels als auf diejenige ihres Volkes achten, so wird es mit der Meldung wohl keine Richtigkeit haben.

Kendtsburg. Bergungsarbeiten. Bei dem am Sonntag im Kanal bei Kendtsburg gesunkenen Kieler Dampfer „Signal“, der öfter im Lübecker Hafen lag, sind jetzt Läufer des Kanalamts dabei, die Luken des Dampfers zu öffnen, damit durch bereitliegende Greifbagger die aus Erz bestehende Ladung gelöst werden kann. Alsdann wird mit der Abhebung und Hebung des Dampfers begonnen werden. Von dem Dampfer ragen nur

der Schornstein und die Mastspitzen aus dem Wasser hervor. Der Schiffsverkehr wird zwischen den Ausweichen Rudorf und Schlip aufrechterhalten.

Schleswig. Zunahme der Schweinebestände. Nach den Ergebnissen der Viehzählung vom 1. September 1920 haben die Schweinebestände in Schleswig-Holstein eine erfreuliche Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. Die Gesamtzunahme betrug gegen das Vorjahr rund 47 Proz., der Bestand ist von rund 860 000 Stück am 1. September 1919 auf rund 520 000 Stück gestiegen. Eine ähnliche Aufwärtsbewegung zeigte sich auf dem Gebiete der Ferkelbestände. Die Zahl der Ferkel, unter 8 Wochen alt, stieg in dem vorgenannten Zeitabschnitt von 95 167 Stück auf 141 759 Stück, das bedeutet eine Zunahme von genau 49 Proz. Die Zahl der Jungschweine, d. h. der Tiere von 8 Wochen bis 6 Monate alt, ist gleichfalls gestiegen. Die Zahl stieg von 155 932 auf 229 768 Stück, das ist eine Zunahme von rund 47 Proz. — Da können die Satten und Zahlungsfähigen sich weiter mühen und in Zeit schwimmen.

Schleswigsche Weinstöcke. Unglaublich hohe Pachtpreise. Eine 5 Demat große Gießkoppel in Mittstedt wurde für 2800 Mk. je Demat jährlich verpachtet, eine Müschenne (mindestwertige, mit Binsen durchwachsene Marschfläche) für 1700 Mk. je Demat, eine bessere Marschfläche von 4 Demat für 1900 Mk. je Demat und eine dritte Fenne für 1850 Mk. je Demat. — Die Bauern können ruhig jeden Pachtpreis bieten, sie schreiben dann nur um so mehr über die hohen Aufkosten und wahren fröhlich weiter, bis trotz allem der Beutel plakt. Das Volk bezahlt es ja.

Schwerin. Der Schleihhandel blüht. Die Kontrollstellen in Mecklenburg haben in der Zeit vom 1. September bis 31. Oktober folgende Lebensmittel beschlagnahmt: Mehl und Mühlenerzeuung 7 451 Pfd., Brotgetreide, Hafer und Gerste insgesamt 325 723 Pfd., Brot zirka 1 200 Stück. Die angegebenen Mengen sollten zum größten Teil im Schleihhandel verschoben und zum anderen Teil unerlaubt an das Vieh verfüttert werden. — Das ist nur ein kleiner Bruchteil der wirklich verschobenen Mengen. Die großen Schieber verstehen ihr Geschäft besser.

Neueste Nachrichten.

Die Vorgeschichte des Streikerlasses.

II. Berlin, 11. November. Am Mittwoch morgen fand unter Vorsitz des Reichspräsidenten eine Sitzung des Reichskabinetts statt, an welcher der preußische Minister des Innern, Gaezering (Soz.) teilnahm, und in der er der Reichsregierung seinen Bericht über die Sachlage und seine Ansicht über die zu ergreifenden Maßnahmen mitteilte. Der Minister wiederholte bei dieser Gelegenheit den von ihm bereits am letzten Sonnabend ebens dem Kabinett gemachten Vorschlag, ein Gesetz schnellig zu erlassen, daß jeder in lebenswichtigen Betrieben so erschwert, daß nicht jeder inbidualistische Teufel tausende von Arbeitern in den Streik hineinziehen kann. Als Folge dieses Vorschlages ist offenbar der Streikerlass des Reichspräsidenten anzusehen.

Der Gesundheitszustand des preussischen Ministerpräsidenten.

II. Berlin, 11. November. Wie die „P. B. N.“ hören, hat sich der Gesundheitszustand des preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun nicht so schnell gebessert, wie man ursprünglich hoffte. Der Ministerpräsident liegt nach wie vor in der Klinik. Der Tag, an dem er als geheilt entlassen werden wird, ist noch nicht vorzuzusehen.

Der Schifferstreik in Hannover beendet.

II. Hannover, 11. November. Nach Mitteilung des Kanalshleppamtes ist der Streik der Schiffer bei der Kanalshiffahrt beendet. Die Arbeit wird morgen wieder aufgenommen.

Kein Karneval am Rhein.

II. Köln, 11. November. Nach einem Erlaß des Oberpräsidenten an die Regierungspräsidenten der Rheinproving sind mit Rücksicht auf die Notlage Deutschlands alle karnevalistischen Veranstaltungen in diesem Winter zu verbieten.

Der neue Bürgermeister von Wien.

II. Wien, 11. November. An Stelle Reumanns soll der bisherige Präsident der Nationalversammlung, Seih, Bürgermeister von Wien und damit zugleich Landeshauptmann des Bundesstaates Wien werden.

Die Zerstörung sämtlicher Dieselmotoren beschlossen.

II. Paris, 11. November. Die „Information“ meldet: Da die Artikel 189 und 192 des Versailler Friedensvertrages ausdrücklich vorschreiben, daß die Maschinen und Materialien, welche aus den zerstörten Kriegsschiffen genommen werden, nur zu einem friedlichen Zweck verwendet werden dürfen, hat die Marinekontrolle der interalliierten Kommission in Berlin beschlossen, daß sämtliche Dieselmotoren zerstört werden müssen, da diese für eine friedliche Verwendung nicht geeignet seien. (Eine amtliche Bestätigung der Nachricht bleibt abzuwarten. Red.)

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Einige Anträge.

Wiederholt habe ich in den Zeitungen gelesen, daß die Banken und Postanstalten angewiesen seien, schlechte Kassenscheine anzuhalten und dem Verkehr zu entziehen. In logischer Folgerung müßten daher diese Institute schlechte Scheine in Zahlung nehmen. Das scheint mir aber nicht der Fall zu sein. Denn als ich dieser Tage Geld auf der Post einzuzahlen hatte, wählte der Beamte die Annahme einiger defekter Scheine vorzuziehen. Erst nach langem Hin und Her nahm er sie in Zahlung, allerdings mit dem Bemerkung, daß ich sie, wenn dieselben nicht angenommen würden, zurücknehmen müßte. Es wäre erwünscht, wenn die Postdirektion sich hierzu äußern wollte.

Briefkasten.

B. S. Gegen einen Betrieb, der ein übermäßiges Geräusch für die umliegenden Anwohner mit sich bringt, ist Beschwerde beim Volksgemeinderat einzulegen. Im vorliegenden Fall wird weitestmögliche Abhilfe geschaffen werden, da bei Erteilung der Erlaubnis sicherlich mit derartig großen Belästigungen nicht gerechnet worden ist.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Hermann Bauer. Verleger: Feinr. Steinberg, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Allgemeiner Deutscher
Gewerkschaftsbund.
Ortsausschuß Lübeck.

Sitzung

am Freitag, 12. d. M.,
abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Abrechnungen. (9380)
2. Erwerbsteuernfrage.
Zu dieser Sitzung sind die
sämtlichen Vorstandsmitglieder
der Gewerkschaften ein-
geladen. Der Vorstand.

Für anlässlich unserer sil-
bernen Hochzeit erwiesene
Aufmerksamkeit und Ge-
schenke danken herzlich (9375)
J. Werner und Frau.

Todesanzeige.

Am Mittwoch, d. 10.
Nov., morg. 5 1/2 Uhr
entschied nach einem
durch die Folgen des
Krieges besonders
schwer zu ertragenden
Proletarierlebens, mein
lieber Mann, unser her-
zensguter Vater,
Schwiegervater u. Ur-
großvater, der Inva-
lide, frühere Holz-
lernerarbeiter
Ernst Kuschnereit
im Alter von fast 84
Jahren, infolge Alters-
schwäche.
In tiefer Trauer:
Louise Kuschnereit
geb. Meyer,
Hans Vogt nebst Frau
geb. Kuschnereit,
Joachim Eggers nebst
Frau geb. Kuschnereit,
Th. Wulf nebst Frau
geb. Kuschnereit,
E. Kuschnereit nebst
Frau geb. Ehlers,
Willy Kuschnereit
nebst Kindern, En-
kelkindern und son-
stigen Familienan-
gehörigen.
Beerdigung am Sonn-
abend, d. 13. Novbr.,
12 1/2 Uhr, vom Sterbe-
haus, Fremdenpl. 3,
nach dem Renjelerhof
Friedhof. (9328)

Friedrich Hardt

Dies zeigen an
Johannes Kaacksteeg
u. Frau geb. Hardt,
Renjelerhof.
Beerdigung: Sonn-
abend nachmittags 2 Uhr
von der Kapelle des
Renjelerhof Friedhofes

Ein Mädchen ges.

nach dem Lande bei hohem
Lohn. (9334)
Näheres Dornestr. 41, II.
Eingang Flüchtlingstr.

Gesucht zum 1. Dezember

eine
alleinstehende Frau
für die Küche des Waisen-
hauses.
Domkirchhof 7.

Schuhmacherei

sofort zu verkaufen. (9316)
Näheres Hügelstr. 68, II.

Bücher zu verkaufen

mod. Garatür, Leppich, Rezu-
lator und Unterbett. (9316)
Gr. Vogelhang 13 a.

Fahrrad u. Jagd- nagelmaschine

billig zu ver- (9326)
Kotowitzer 28, Stb.

Schneidermaschine

zu ver- (9302)
Eisenstraße 16, I.

Zu ver- ein Paar Gar- dinen (neu) u. Wat- schel. (9301)

Chausseestr. 17, II, links.

Bestr. Mäntel, Tisch, Stühle

billig zu ver- (9311)
Gr. Vogelhang 13 a.

Formwerkzeug u. Sägen

preiswert zu ver- (9309)
Eisenstr. 21, 1-2

Fortzug u. eine gr. Zim- merstube billig zu ver- kaufen. (9308)

Blanchstraße 28, I.

Damen- und Kindermoden

fertig, an (9322)
Koch, Schmalenbr. 5/12

1 Perle zu ver- (9324)
Zu ver- in der Esp. d. Bl.

Zigarren Zigaretten Tabak!!

an Qualität das Beste! im Preise das Billigste!

Verkauf zu und unter Fabrikpreisen! Schlüsselbuden 32.

Für Geburtstags- und Verlobungsgeschenke

eignen sich unsere in den verschiedensten
Preislagen vorrätigen Briefkassetten,
Briefmappen, Damenschreib-
mappen, Blumen-Briefkarten
mit Umschlägen, Post-
büchlein in Battel-
papier-Umschlag,
Visitenkarten
und die reichhaltige Unterhaltungsliteratur.

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Lübecker Volksbörse
Johannisstraße 46.

Billige Möbel.

Garnituren von 600 M. an.
Sch. Wohnzimmer Kompl. 1800 M.
Vertico 350 M. Kleiderschr.
350 M. Tische, Stühle, Vertic.
Kompl. Federbett 550 M. (9318)
Stüwe, Eddtgerstr. 10.

Tabat-Greggblg. sucht 50
Mille von Selbster gegen
frühe Vergütung. Angeb. u.
H. K. an die Exp. 9299

Kleinen oder größeren

mahag. Eckschrank

zu kaufen gesucht.
Adressenangabe unt.
W. O. an die Exp.
d. Btg. 9317

Stühle m. g. empfehlen

Waulstr. 19 a. 9311

Wer zahlt die höchsten

Preise für
Ballant, Mastin, Brennstoff
alle Geb. (auch 9297)
zerbroch.)
Karl Kleinfeld, Lübeck,
Salmhofstr. 3. (9318)

Solange der Vorrat reicht

ausgezeichnet abzugeben:
Maschinengarn
20 m, Rolle . . . 4.25 Mt.
Angelweira
50 m, St. Kugel 1.85
la. Kräfte. Reg. 6.25
la. Fendel, Stück 2.95
Lanternen-
lichte, Stück . . . 25

Karl Kleinfeld, Lübeck,

Salmhofstr. 3. (9318)

Waschb. gemischt, 1/2 St. 3.-

Birnen, gerührt 1/2 St. 3.50
Birnen, ungesch. 1/2 St. 3.-
Kerzen . . . 1/2 St. 3.-
Blumen . . . 1/2 St. 3.25
Teigen 1/2 St. 2.- u. 3.-

Eduard Speck,

Süßstraße 90 92. (9338)

Rechnungs-Formulare

fertigt prompt an
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Senking Herde

die Qualitätsmarke. (9296)
Adolf Borgfeldt,
Mühlstr. 36-44. Tel. 672.

Leset die Arbeiter-Jugend

Jugend der Arbeiterschaft, raffe Dich aus
Deiner Gleichgültigkeit auf, abonniere
auf die Zeitschrift der Jugend!
Sie vertritt Deine Interessen,
bringt anregende Artikel aus allen Gebieten
des Wissens und der Jugendbewegung, ist
reich illustriert. Sie ist die größte und ver-
breitetste Jugendzeitschrift, erscheint zwei-
mal monatlich, der Bezugspreis beträgt
3.- Mt. vierteljährlich, einzeln 60 Pf. Zu be-
stellen bei allen Postämtern, Parteibuch-
handlungen oder direkt beim Verlag der

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW.
Lindenstraße 3.

Wollen Sie viel Geld sparen,

tragen Sie
Streifen-Seedertohlen
aus prima Kernleder,
tadellos aufgemacht.
Herren . . . 10.00 Mt.
Damen . . . 8.50 Mt.
Machen Sie einen Versuch.
Nur moderne Schuh-
reparatur. (9307)

Alle Arbeiter

kaufen gern und gut
ihre Arbeitskleidung
bei (9295)

Otto Albers

Markt 4 Kabin. 10
Hgl. d. R.-Sporn, Lübeck

Plattbütcher Verein „Get“ un Verein Friß Reuter, Lübeck.

Friedtag, den 12. November
Das letzte plattbütische Konzert
in'n Kolosseum.

Los geht das abends 8. Chorführer Herr
A. Sonder. Solistin Fr. Marie Kröger.
Eintrittspreis: 1. Platz 3.- Mt., 2. Platz 2.- Mt.
Mitglieder betahl'n u. den 2. Platz halb'n Preis.
Kort'n sind bei Ernst Robert, Bree'straat, Metzler,
Kopperfchmeestraat, H. Koch, Mariesgroov 6 un abends
an de Raff' tau hebb'n. (9826)

Der Vorstand
H. Koch, 1. Vors. v. Get. H. Koch, 1. Vors. v. Fr. Reuter.

Billige Volkstage

Nielsens Panoptikum

Deutschlands größtes wanderndes
Wachskabinett
Nur kurze Zeit hier, schrägüber vom
Bahnhof.
Von heute an (9298)
billige Preise.
1.- Mark,
anatomische Abteilung 1.- Mark.

Waisenhof Tanz.

Freitag und Sonntag: 9308

Gledermann

Einmaliges Gastspiel
des k. u. k. Hofkapell-
meisters

Johann Strauß

aus Wien 9319
am Donnerstag, 11. November.
Mit verstärktem Orchester.
Kassenöffnung 7 Uhr. Beginn 7 1/2 Uhr. Eintr. 5 M.

Arbeiter-Radfahrer- Bund „Solidarität“.

Ortsgruppe Lübeck.

Grosses Gala-Saalfest

am Sonnabend, 13. Novbr.,
im Gewerkschaftshaus.
Kassenöffnung 4 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.
NB. Schmähliches Auftreten unserer Kinderriege.
Dazu ladet freundlichst ein (9320)
Das Festkomitee.

St. Mariengemeinde.

Für die Errichtung eines würdigen
Gedächtnismales
in der St. Marienkirche
zu Ehren der 260 Gemeindeglieder, die ihr
Leben im Weltkriege fürs Vaterland opfer-
ten, werden freiwillige Gaben erbeten.
Die Bitte richtet sich an alle Glieder un-
serer St. Mariengemeinde, aber auch an alle
andern, die für unser schönes Gotteshaus
etwas übrig haben. (9305)

Gaben nehmen die Geistlichen und die
übrigen Mitglieder des Kirchenvorstandes
entgegen, ebenso die Bank für Handel und
Gewerbe auf Konto: Ehrenmal in St. Marien.
Der Vorstand der St. Mariengemeinde.
W. Dahms, Vorsitzend. Hauptpastor Denker.

Meine Verlobung mit
Herrn Vanderses erkläre ich
für aufgehoben.
Beteiligungen von Waren
für mein Geschäft werden
von mir selbst erledigt.
Frau Jäger Ww.,
9312 Süßstraße 113.

Morgen
Freitag
11. Nov.
Reich und Wurf.
Markthallenstand 29

Deutscher Metallarbeiter Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck
Ortsgruppe Kücknitz. 9322

Freitag, 12. November,
abends 7 Uhr,
**Mitglieder-
Versammlung**
im Restaurant Faase,
Kücknitz.
Die Distriktsleitung.

Verband der Brauer und Mühlenarbeiter

(Zahlstelle Lübeck). 9322

Mitglieder- Versammlung

am Sonnabend, 13. Nov.
abends 6 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung: 1) Bericht
der eingesetzten Kommission.
2) Bericht der Lohnkom-
mission. 3) Verschiedenes.
Um vollzähliges und pünk-
tliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.



Plattbütische Volksklub
to Lübeck

Ofterfuer u.
Düwelsdeern
ward tofamen Sünd. Klock
8 in't Stadttheater mo-
derhaft. Kortan an de Thea-
terfass. Querforten No-
hammstr. 15. (9329)
Plattbütische Volksklub.

Arbeiter-Verein „Freiheit“, Seereb.

Einladung zum 9jährigen
Stiftungs-Fest,
bestehend in Festrede,
Theater, Ringkämpfen u.
Ball
am Sonnabend, dem 13.
November, im Lokale des
Herrn E. Cordts, Seereb.,
Anfang 7 Uhr.
9327 Das Komitee.

Gledermann

8 Uhr (9318)
Das große
November-Programm
mit
Mia u. Mario Oelschläger

Hansa-Theater

Heute 8 Uhr:
Grete Weixler-Gastsp.
Freitag, 7 1/2
9. Voll-Ab., 5. Halb-Ab.
(im Abonnement Serie I)
Hurra, ein Kind fiel
vom Himmel.
Schon in 3 Akten.

Sonnabend und Sonntag

Der ersten Liebe
gold'ne Zeit. (9306)
Oper. 1. 3. Akt. v. Gilbert

Stadttheater Lübeck.

Donnerst. 7. A u. 7. B. i. O.
Ab. Urdine. 7 Uhr
Freitag 8. A u. 7. B. im
Op. Ab. Freiland. 7.50
Sonnab. 9. Bu. 7. W. i. G. 9.
D. deutsch. Kleinstraße. 7.30
Sonntag vom. 11 Uhr
Kunsten d. Seele und
Die Schredensammer.
Pr. d. Bl. 4.50, 3.50, 2.30, 1.30.
Urdine. 7.30 Uhr. (9316)

Esst vereinen kann man nur auf der Grundlage eines Pro-gramms, das wiederum der Ausdruck eines politischen Charakters, einer Idee sein muß. Es ist weder wünschenswert noch möglich, heute ohne eine solche Idee für eine Sammlung zu werben, die in ihrem inneren Wesen programmlos und daher charakterlos sein muß. Wir wollen uns in Materialismus und Ideennarrut verfallendes Volk doch wieder durch geistige Werte, die allein den Charakter bilden, aufrichten. Im politischen Leben aber sind — trotz aller Mängel, Unvollkommenheiten und Auswüchse — die Parteien die Träger der staatsbürgerlichen Ideen, aus deren Wettbewerb und Kampf uns das politische Leben der Nation — trotz aller Mängel, Unvollkommenheiten und Auswüchse — die Parteien die Träger der staatsbürgerlichen Ideen, aus deren Wettbewerb und Kampf uns das politische Leben der Nation...

Diese Worte sind für den Philister sehr bitter, aber wahr. Es wird ihm endlich einmal bezeugt, welche Treuehaftigkeit er mit seiner Kirchurnsalz an den Tag legt. Zutreffend ist auch dieser Satz der „Eisenbahnzeitung“: „Ein homogenes Bürgertum im Sinne einer Klasse von Staatsbürgern gibt es heute nicht mehr. Der Aufstiegsprozess der alten Klassen ist seit der Umwertung aller ideellen und wirtschaftlichen Werte in voller Entwicklung begriffen, und es wäre ein arges Schicksal für die Nation, wenn sie nicht durch den Willen irgend jemand, der die Beamten und der Kaufmann, der Angestellte und der Großindustrielle die gleichen Interessen im Staat, die gleichen politischen und wirtschaftlichen Ideen hat und haben kann? Schon durch diese grundsätzliche Verschiedenheit wird der Gedanke eines gemeinsamen Bürgerbundes ab absurdo geführt...“

Was wir brauchen, ist keine parteilose Partei, man sie nur Bürgerbund oder sonstwie heißen, sondern Befehrer mit und aktive Betätigung für den Staat. Und im Staat hat immer derjenige den größeren Einfluß, der die größere Aktivität entfaltet, d. h. die lebendigste Anteilnahme an den Fragen des öffentlichen Lebens nimmt. Das ist es, Befehrer mit und aktive Betätigung für den Staat. Und im Staat hat immer derjenige den größeren Einfluß, der die größere Aktivität entfaltet, d. h. die lebendigste Anteilnahme an den Fragen des öffentlichen Lebens nimmt.

Die Steuermoral des Volkes

wird drastische Maßnahmen durch eine Außenministerkonferenz, die unter Schwedischer Parteiführung „Das freie Wort“ kürzlich veröffentlichte. Danach leisteten Steuerabgaben:

1. Gnaler, Arieassinalide, Bote	92 Mark
2. Philipp, Hofbesitzer, 4 Pferde, 15 Rülhe	70
3. Philipp, Arbeiter	113
4. Stülck, Landwirt, 6 Pferde, 18 Rülhe	70
5. Stepanik, Bäcker, 4 Pferde, 12 Rülhe	16
6. Dan, Hofbesitzer, 3 Pferde, 6 Rülhe	21
7. Werner, Hofbesitzer, 3 Pferde, 9 Rülhe	21
8. Galk, Fleischer	26
9. Müller, Fuhrhalter, 14 Pferde	146
10. Herzog, Gastwirt, 1 Pferd, 1 Kuh	21
11. Nidler, Hofbesitzer, 2 Pferde, 6 Rülhe	12
12. Rosenauer, Hofbesitzer, 2 Pferde, 7 Rülhe	21
13. Kilitowski, Arbeiter	92
14. Rohle, Fabrikbesitzer	92
15. A. Padeisen, Fabrikbesitzer	60
16. B. Padeisen, Fabrikbesitzer	60

Der Rittergutsbesitzer Kurt Moser in Unterbuschlau besitzt ein Rittergut, welches etwa 2000 Morgen groß ist. In lebendem Inventar hat er 45 Arbeits- und Reitpferde, 15 bis 20 Kühe, etwa 70 Milchschafe, 50 Stück Jungvieh und 65 Schafe. Von etwa 44 1/2 Morgen muß er an die Gemeinde Oberbuschlau Steuern zahlen, und zwar eine Einkommensteuer von 31 — einunddreißig — Mark jährlich. — Ein Arbeiter in Oberbuschlau, welcher 19 Jahre alt ist und pro Monat etwa 70 Mark Lohn nebst freier Station erhält, ist zu einem Einkommensteuerer von 24 Mark veranlagt. — Ein anderer Arbeiter bezahlt den Einkommensteuerer von 30 Mark. — Ein kleiner Landwirt in Oberbuschlau besitzt etwa 18 Jocher Land, ist kriegsbeschädigt, seine Ehefrau ist arbeitsunfähig (starke Nervenleiden zur Verhütung), hat sieben Kinder unter 14 Jahren und ist zum Einkommensteuerer von 44 — vierundvierzig — Mark veranlagt.

Die Zahlen beweisen, daß die „notleidenden“ Landwirte es ausgesprochen verheißt, sich von Steuern zu drücken. Das verheißt es ebenfalls wie ihr fallendes Heulen über mangelnde Rentabilität ihrer Betriebe. Sie werden stets maßlos über und stehen daraus den Schluß, daß sie es nicht nötig haben, dem Staate zu geben was ihm gebührt. Dafür ist das notleidende Volk da. Daß dieses noch bezahlen.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche. Im Ziegenzuchtverein hielt am 6. November Herr Ernst Albert einen Vortrag über einen Ausbruch dieser Krankheit bei besessenen Ziegen auf die Maul- und Klauenseuche. In der Besprechung beteiligten sich auch Herr Statistiker Hempel in Vertretung des Polizeikommissars.

Das Ergebnis der Wahl lautet: 1. Der ungeheure Schaden, der der deutschen Wirtschaft durch die Seuche zugefügt wird, zwingt uns, jedes geeignete Mittel zur Bekämpfung anzuwenden, auch wenn es nicht restlos die Seuche beseitigt und sie nur einschränkt. 2. Da der Erreger der Krankheit noch unbekannt ist und kein Mittel gegen ihn vorhanden ist, aber nach Alberts Forschungen durch die Spalthüferrflüge übertragbar wird, da ferner Abwehrmaßnahmen gegenüber dieser Fliege verlangen, sollte der Kampf gegen die Fliege geführt werden und zwar durch Vertilgung der Brut im Frühjahr. 3. Die Übertragung geschieht aber auch auf andere Weise, insbesondere durch Vieh zwischen verseuchten und gesunden Ställen, daher ist Übertragung der verseuchten Schiffe nötig. 4. Eine Impfung der kranken Tiere mit dem Blute von Tieren, die die Seuche nur einigen Wochen durchgemacht haben, hat gute Wirkung. Ziegen können auch mit Blut von Rülhen geimpft werden. Geflügelverweise beschließt die das Polizeiamt Schritte zu unternehmen. Hoffentlich nimmt sich auch die Bürgerschaft der Sache an. Zur Sprache kam auch die Landtrake, demangel wurde besonders die Gesundheitszustand gegenüber der Kleinrentabilität der Kleintierzucht, indem der Staat die Grundstücke für sogenannte Ställe durchweg nur auf 1000 Quadratmeter bemisst, während in gleicher Nähe zu der Stadt Ländereien von vielen Hektaren an einen Bewerber verpachtet werden.

Unrentende Gebiete. Sozialdemokratischer Bezirksparteitag der Provinz Schleswig-Holstein.

Riel, 8. November. Der Bezirksparteitag trat am Sonntag im Gewerkschaftshaus zusammen, wo tags zuvor schon eine Frauenkonferenz und ein Begrüßungsabend stattgefunden hatte. Zu Vorstehenden werden Berdick-Riel und Jakob-Riel bestimmt. Den Bericht des Bezirkssekretärs gibt Hadelberg-Riel, der ergänzend zu dem von uns mitgeteilten schriftlichen Bericht auf die Bildung der Unterabteilung eingeht und auf die im Laufe des Jahres notwendig machende Erweiterung des Bezirksvorstandes hinweist. Um die Frauen-Organisation hat sich die Genossin Schroeder in Altona ganz besonders verdient gemacht. Anerkennung muß auch die Tätigkeit jener Genossen finden, die sich der Beamtinnenorganisation annahmen. Ueber die Bildungs- und Jugendbewegung berichtet Wilhelm-Riel. Der Bildungsausschuss unter den Genossen ist groß. Als Ersatz für die teuren Bücher wurden in einigen Vereinen Lesemappen herausgegeben. Auch eine Veredelung der Gelligkeit zu erreichen, war unsere Aufgabe. Ein Erfolg in der Bibulararbeit wird sich erst nach längerer Zeit bemerkbar machen. Dem Wunsch nach Bezirksvereinstellungen werden wir nach Möglichkeit Rechnung tragen. Die Jugendbewegung im Bezirk marschiert. Den Bericht über die Arbeit der Beamtinnen unter den Genossen gibt Dr. Kitzinger-Riel. In Schleswig-Holstein ist man beharrlich vorangekommen. Um eine Aussprache unter den Beamtinnen zu ermöglichen, ist dem Bezirksparteitag eine Beamtinnenkonferenz vorangegangen. Sie hat in einer Entschließung festgestellt, daß ein Gegensatz zwischen Arbeitern und Beamten nicht besteht. Genossin Louise Schroeder-Altona gibt den Bericht über die Frauenkonferenz. Die letzten Wahlen in Deutschland und Österreich haben uns gezeigt, daß alle Arbeit aufzuheben werden muß, um die Frauen politisch reif zu machen, damit sie als Wählerinnen nicht die konservativen Elemente im Lande stärken. Zu denken muß es uns geben, wenn jetzt in Hamburg die Arbeiterinnenvereine sich zusammenschließen haben, um Ausschulungsurteile für die kommenden Wahlen zu ermöglichen einzurichten. In der Jugend- und Wohlfahrtsvereine müssen wir neue Wege gehen; denn hier liegt ein Tätigkeitsgebiet, für das die Frauen sich durch ihre ganze mütterliche Veranlagung am besten eignen.

Im der Diskussion betonte u. a. Dr. Kitzinger-Altona: Wenn unsere Partei ihre Vertrauensmänner in die Regierung schickt, muß sie durch ihr Verhalten sie auch fassen und nicht auf die Seite der Rechtspresse herabsinken. Wir müssen uns entscheiden, ob wir an der Regierung teilnehmen wollen; dann müssen wir auch parlamentarisch handeln. — Bei der Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurde u. a. angenommen der Antrag des Bezirksvorstandes: Die Genossin Louise Schroeder-Altona unter Beibehaltung ihres Reichstagsmandats als Leiterin der Frauenorganisation für Schleswig-Holstein anzustellen; die Entschließung, die sich gegen die parlamentarischen Bestrebungen der Schleswig-Holsteinischen Landespartei richtet; die Entschließung, die der deutschen und der dänischen Sozialdemokratie die Aufgabe zueingeweiht; der Antrag, im kommenden Wahlkampf die auswärtigen Referenten am besonders den Reichstagen und den Landtagen zur Verfügung zu stellen. Ebenso stimmt der Provinzialparteitag den Beschlüssen der Beamtinnenkonferenz und den Entschließungen der Frauenkonferenz zu.

Ueber die politische Lage und die Wahlen in Schleswig-Holstein hielt das einleitende Referat die Genossin Marie Kusch a. a. vom Parteivorstand. Sie gibt einen umfassenden Überblick über den gegenwärtigen Stand des Kampfes um die politische Macht. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands, und damit auch die politische, ist nach wie vor äußerst schwierig. Frankreich wartet nur auf einen Vorwand, um ins Ruhrgebiet einzumarschieren. Aber die Besetzung des Ruhrgebietes wäre auch für Frankreich ein Schritt ins Dunkle. Das gesunde Nationalgefühl unserer Beamtinnen würde sich mit aller Kraft gegen die Besetzung wehren. Es würde an den gemäßigtesten Arbeitseinstellungen kommen, die schon Genossin Sue den Herzen von der Genossin in Genuß gebracht hat. Die Folge würde der völlige Ruin Deutschlands, aber auch Frankreichs sein. Das ist die Gefahr, mit der man auch in den Entente-Ländern rechnen, und daher jeder man immer noch den Sprung ins Dunkle zu wagen. Aber auch unser konnettes Bürgertum steht mit anglophober Spannung auf die deutschen Beamtinnen. Denn von ihnen hängt es ab, ob das kapitalistische Wirtschaftssystem wieder hergestellt oder der Weg zur Sozialisierung beschritten wird. In dieser Frage müssen wir uns hüten, den Arbeitern mehr zu versprechen, als wir nachher halten können. Wir können nicht die unerschütterliche Gelasse der wirtschaftlichen Entwicklung außer Kraft lassen, sondern müssen uns mit den Wählern und namentlich auch mit den Wählerinnen über diese Gelasse zu verständigen suchen. Die Auswirkungen der politischen Macht, die wir bereits haben, ist vielfach behindert worden durch den Unverstand der Massen. Wir müssen die reaktive Komplexion nun früher ansetzen und müssen uns an dem Satz befehlen: Der Staat ist wir! (Sehr wahr!) In erster Linie gilt es, die Frauen für uns zu gewinnen.

Im zweiten Verhandlungsstadium wurden von einer Ausprache über den Antrag der Genossin Tschack-Nöhring genommen. Es wurde der Bericht über den Stand der Dinge, den Schöner-Riel erstattete, entgegengenommen. Er führte aus, daß die Zahl der Mitglieder der Partei im Verhältnis zur Stärke der Organisation viel zu gering sei. Gegenüber den bürokratischen Zeitungen und unter Bre durch den Reichstag. — Innenminister wurden drei Anträge: 1. auf Einsetzung eines Schiedsgerichts für das Riel-Parteigebiet; 2. auf Überweisung eines Teiles der für Reichstagswahlbestimmungen Mittel an die Parteipresse; 3. auf weitestmögliche finanzielle Unterstützung des Beamtinnen-Vereins. — Nach kurzer Besprechung wurde die Aufstellung der Kandidaten für den Reichstag und Landtag vorgenommen. Die Wahlen betreffen folgendes Ergebnis: Als Kandidaten für den Reichstag werden in Schleswig-Holstein aufgestellt: Peter-Berdick-Riel, Louise Schroeder-Altona, Karl Frolow-Hamburg, Engel-Riel, Dr. Kitzinger-Altona, Theodor Scherbaum-Riel, Richter-Riel, Hans-Friedrich-Riel. Als Kandidaten für den

Landtag ergibt die Wahl folgende Reihenfolge: Brecon-Riel, Peter-Berdick-Riel, Toni Jensen-Riel, Richter-Neumünster, Regener-Riel, Evers-Odenburg, Thomas-Altona, Stoll-Lauenburg, Rieders-Riel, Clausen-Tönning, Hansen-Riel, Jacobs-Riel, Frau Martens-Altona, Werner-Brunsbüttel, Dam-Riel. Ueber die Vorschläge zur Änderung des Organisationsstatuts für den Bezirksverband berichtete der Bezirkssekretär Hadelberg. — Die Wahl des Bezirksvorstandes und der Kontrollkommission hat folgendes Ergebnis: Als Beisitzer zum Bezirksvorstand werden gewählt: Berdick, Engelstedt, Jacobs, R. Hansen, D. Kitzinger und H. K. Kämlich in Riel. Die Kontrollkommission bilden: Evers-Odenburg, Hansen-Pries, Housbehn-Neumünster. Die einzelnen Wahlkommissionen festgesetzt. Als nächster Tagungsort wird Altona bestimmt. Der Vorsitzende Jacobs-Riel widmet den aus dem Bezirksverband ausgeschiedenen Genossen Kückbis und Pöller-Danfswarte und fordert zur tatkräftigen Arbeit für den Wahlkampf auf und schloß den Bezirksparteitag mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Arbeiterbewegung.

Streik der Kanalschiffer auf dem Dortmund-Emskanal. Auf dem Gewässern des Dortmund-Emskanals ist ein Streik der Kanalschiffer ausgebrochen. Infolgedessen liegen allein in den Dafen Herreshoerde bei Leckeburg 150 Schiffe still. Der Reichswasserschutz und die Technische Nothilfe sind bereits eingesetzt worden. Die Ordnung wurde bisher nicht gestört. Der preussische Handelsminister hat zurzeit mit den Beteiligten Einigungsverhandlungen eingeleitet.

Welt und Wissen.

OK. Eine Forschungsreise nach den Affenmenschen. Der Wunsch, das „miffing Ant“, das „fehlende Glied“ in der Entwicklungsgeschichte vom Affen zum Menschen, zu finden, hat einige amerikanische Millionäre, darunter J. P. Morgan und Harriman, dazu veranlaßt, die Summe von 250 000 Dollars für eine wissenschaftliche Forschungsreise zu stiften. Die berühmte Auffindung des „Affenmenschen“, die Dr. Dubois zu Trinil auf Java gelang, hat ja keine Klarheit in diese durch den Darwinismus feinerzeit modern gewordene Frage gebracht, und noch immer fehlt ein schlüssiger Beweis dafür, daß der Mensch seinen Stammbaum wirklich vom Affen herleitet muß. Dieser Beweis soll nun durch die neue Expedition erbracht werden, die für eine fünfjährige Arbeit ausgerüstet ist und von Bering ihren Ausgang nimmt. Ihr Forschungsgebiet soll in Mittelafrika liegen, denn man nimmt an, daß hier die Urheimat des Menschengeschlechtes zu suchen sei. Archäologen, Anthropologen, Zoologen und Paläontologen gehören der Unternehmung an, und ein Geologe wird zunächst die Erdgeschichte der Mongolei unter diesem Gesichtspunkte untersuchen. Die Gelehrten werden alle Mittel der Fortbewegung, Flugzeuge, Kraftwagen, Kamelle, Maulesel usw. benutzen. Die Ergebnisse der Expedition sollen im New Yorker Naturgeschichtlichen Museum aufgestellt werden.

Handel und Industrie.

Banken-Rufen. Die Verwaltungorgane der Nationalbank für Deutschland, der Kommanditgesellschaft auf Aktien, in Berlin-Bremen, und der Holsten-Bank in Neumünster (Schleswig-Holstein) haben die Verschmelzung beider Institute auf folgender Grundlage beschlossen: Unter Ausschluß der Liquidation werden sämtliche Aktien und Passiven der Holsten-Bank von der Nationalbank für Deutschland, Kommanditgesellschaft auf Aktien, mit Wirkung ab 1. Januar 1920 übernommen. Den Aktionären der Holsten-Bank soll auf jede Aktie im Nennwert von 1000 Mk. eine Aktie im gleichen Nennwert der Nationalbank für Deutschland, Kommanditgesellschaft auf Aktien, mit Dividendenberechtigung für 1920 im Tausch überlassen werden; außerdem wird auf jede Aktie eine Barvergütung in Höhe von 350 Mk. gewährt. Die Aufsichtsratsmitglieder der Holsten-Bank, Kommerzienrat Th. Hartmann-Neumünster, Kommerzienrat S. N. Blund-Neumünster und Senator Carl Dimpler-Lübeck, werden in den Aufsichtsrat der Nationalbank für Deutschland, Kommanditgesellschaft auf Aktien, übernommen und bilden zusammen mit den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern der Holsten-Bank, nämlich Kaufmann Max Gellert-Riel, Oberbürgermeister a. D. M. Röder-Kehoe, Gutsbesitzer E. Stodmann-Hof Altona bei Neustadt i. H., den Schleswig-Holsteinischen Lokal-Ausschuß der Nationalbank für Deutschland, Kommanditgesellschaft auf Aktien. Die Holsten-Bank wird ihren Aktionären diesen Kuponvertrag in einer am 4. Dezember 1920 anberaumten außerordentlichen Generalversammlung zur Beschlussfassung unterbreiten. Die Nationalbank für Deutschland, Kommanditgesellschaft auf Aktien, hat durch Verschmelzung mit der Deutschen Nationalbank in Bremen, welche in Nordwestdeutschland über ein reiches Kitalien verfügt, ihren Interessentensbereich erheblich erweitert und würde durch Aufnahme der Holsten-Bank in Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck und im Leuenburgischen Fuß fassen.

Devisen-Kurse.

Samburg, 10. November. Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	10. Nov.	9. Nov.
Dolland	2597 1/2	2612 1/2
Kopenhagen	1140	1152 1/2
Stockholm	1635	1652 1/2
Kristiania	1185	1192 1/2
Belsingfors	187 1/2	185
Schweden	1337 1/2	1352 1/2
Wien (alt)	—	—
do. (neu)	24	24
Budapest	16%	—
Bras	88 1/2	89 1/2
Spanien	1100	1130
London	294 1/4	295
Paris	565	504 1/2
Belgien	582	582
Italien	297 1/2	300
Kuba	—	—
N. York telegr. Ausz. 1 Doll.	87 1/2	88 1/2
do. briefl. Ausz. ob. Ehed	87 1/2	88 1/2

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Sogler Schiffsname Kapitän Herkunftsort Fahrzeit Tage Std.

Angelommen am 10. November.			
E.	Hans Sturmdogel	Röber	Odensee 14
S.	Baltic	Seldorn	Nordlöping 3
D.	Bredow	Lundquist	Kopenhagen 1
D.		Kuit	Stevens 1



Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos

Kukirol 100000 facht bewährt!

Preis 3 In Apotheken und Drogerien erhältlich